

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis monatlich durch
die Post bezogen 40 Pf.
Eingangen in die
Poststempelstelle Nr. 8482.

Ausgabepreis:
50 Pf. für die 3 geteilte
Beilage.

Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 354 15. Debitoreckamt Hannover.

Verlag von A. Drey,
Druck von C. A. H. Meister & So. beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Oskar von Pritzel, Hannover.
Redaktionsschluß: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistr. 7-2 E1 — Fernschreib-Anschluß-Artikel-Nord 3002.

Vergefft nicht,

auf die vom Hauptvorstand herausgegebenen Sammellisten zu zeichnen, zugunsten der durch Unternehmervillkür auf die Straße geworfenen Arbeitskollegen und Kolleginnen.

Zur Sammellisten mit dem Stempel des Hauptvorstandes sind gültig.

Die Unternehmer bekommen Hilfe.

Immer, wenn die Unternehmer gegen die Arbeiter einen Vorstoß unternehmen, siets, wenn die Arbeiter sich in einer ungünstigen Kampfposition befinden, fällt die kommunistische Partei der Arbeiterschaft in den Rücken, unter dem Vorzeichen, ihr helfen zu wollen, in Wirklichkeit aber, um — bewußt oder unbewußt — dem Unternehmertum wertvolle Dienste zu leisten.

Auch jetzt wieder, nachdem eine bürgerliche Regierung die Gewerkschaftskassen geleert, nachdem eine andere bürgerliche Regierung den Achtfunderttag illusorisch gemacht hat und die Unternehmer bereits die Früchte dieser bürgerlichen Regierungspolitik in ihren Büchersäcken stecken, wissend, daß Arbeiterschaft und Gewerkschaften gegenwärtig in die Defensive gedrängt sind, gerade in diesem Moment brechen die Beauftragten und Besoldeten der russischen Sowjetdiktatur aus ihrem Versteck hervor und fallen der Arbeiterschaft in den Rücken. Jetzt erachten sie den Zeitpunkt für gekommen, um die gewerkschaftlichen Organisationen zu zerstören. Was seit fünf Jahren nicht gelingen wollte, glauben sie jetzt erreichen zu können unter Ausnutzung der ungeheuren Notlage der Arbeiterschaft.

In Berlin sitzt ein von den russischen Machthabern geschaffenes Mitteleuropäisches Bureau, eine kommunistisch-gewerkschaftliche Zentralstelle mit 18 hauptamtlich angestellten Bonzen. Diese Zentrale nennt sich Reichsarbeitsausschuß (RAA) und hat den Zweck, die deutschen Gewerkschaften zu zerstören. Für die verschiedenen Berufszweige sind Industriegruppenleiter bestimmt. Ihre Aufgabe ist, zu versuchen, die Zahlstellen eines Verbandes ins kommunistische Fahrwasser zu bringen, und wenn das nicht gelingt, durch demagogische Manöver neue kommunistische Zahlstellen zu gründen und außerdem ehrliche Vorkämpfer der Arbeiterbewegung mit Schmuck zu bewerben.

Für die chemische Industrie sind schon seit dem 1. Oktober 1922 von der kommunistischen Partei Leute hauptamtlich engestellt mit der Aufgabe, gegen den Fabrikarbeiterverband wie erwähnt zu wirken. Verbands- resp. Zahlstellengründungen sind erfolgt in Wiesbaden und Ludwigshafen. Großspurig schrieb damals einer der Wiesbadener Hauptspektakelmacher (Thos) in der Bergischen Arbeiterstimme: "Wir werden zeigen, wie der Kampf zwischen Kapital und Arbeit geführt werden muß." Und was hat er gezeigt? Nichts. Er hat lediglich erreicht die teilweise Zerstörung der Zahlstelle und die Machlosigkeit der dortigen Arbeiterschaft. Aber auch in anderen kleineren Zahlstellen im Reich, wo die Kommunisten ihre "geistigen Kräfte" wirken lassen konnten, ist die Mitgliedschaft ganz oder bis auf einen kleinen Rest Denkfähiger verloren gegangen. Das genügt aber den berufsmäßigen Gewerkschaftszerstörern noch nicht und ihre Geldgeber sind mit dem Erreichten nicht zufrieden. Nun soll wieder einmal ein Hauptvorstoß unternommen werden, um dem "kommen müssen Fabrikarbeiterverband", bestehend aus einem Hauptvorstand und zwei stierbenden Zahlstellen, endlich Macht der zu führen.

In der Nr. 1/2 des "Proletariers" ist unter der Rubrik für Zahlstellenberichte mitgeteilt, daß ein kommunistischer Agitator aus Essen in Duisburg Flugblätter mit Aufnahmescheinen verteilt hat, zwecks Gründung einer kommunistischen Zahlstelle der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter. Es heißt in diesem Flugblatt ausdrücklich: "Heraus aus den Gewerkschaften — hinein in den Industrieverband der Chemie!" Jetzt sind diese Unternehmerschäfte auch in Wiesbaden wieder rechtzeitig. In einem Werbeblatt für einen kommunistischen Industrieverband der chemischen Industrie Deutschland's (Soll die chemische Industrie oder sollen die Arbeiter dieser Industrie organisiert werden? D. R.) wird der ebenso dreiste wie dumme Schwindel wiederholt, die Zahlstellen Ludwigshafen und Wiesbaden seien aus dem Fabrikarbeiterverband ausgeschlossen worden. Wenn die paar dialektaussernen Leute sich einbilden, sie seien die Zahlstelle und die Mitglieder sind. Laut, dann mögen sie recht haben. In

Wirklichkeit gehören diese beiden Zahlstellen noch heute genau so zum Fabrikarbeiterverband wie schon immer. Aus dem Verbande ausgeschlossen wurden nur jene Elemente, die fortgesetzt und mit Vorbedacht gegen die Verbandsfahnen verstoßen und zum Vorstoß aufforderten, die Beitragsspitze gegenüber der Hauptkasse propagierten usw. und sich damit von selbst außerhalb des Verbandes stellen. Durch einen Einbruch ins Verbandsbüro erwirkt man sich aber wieder die verloren gegangene Mitgliedschaft, noch wird man dadurch Zahlstellenleiter.

Die verbandszerstörende Tätigkeit insbesondere in Wiesbaden, Ludwigshafen, aber auch anderweitig unter Anweisung der sich "Zentralleitung" nennenden Walther, Schulte und Konsorten ist in der Hauptsache

völligen Verlust aller Errungenschaften. Dann setzt die volle Diktatur der Unternehmer und des Militarismus ein und die Arbeiterschaft steht wieder da, wo sie vor etwa einem Jahrhundert stand. Wer durch Zerstörung der Organisation einer solchen rücksichtslosen Entwicklung Vorschub leistet, der ist ein Verräter an der Arbeiterschaft. Wir hoffen jedoch, daß unsere Mitglieder intelligenter sind als diese Stümper von Gewerkschaftsgründern und ihnen wie bisher schon bei ihrem Auftauchen sagen, was sie sind. Schädlinge, die lediglich im Interesse der kapitalistischen Ausbeuter tätig sind.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Gefundehitschädigungen durch Benzol.

Wir haben im "Proletarier" Nr. 5, 9 und 14/15 vom Jahre 1922 auf die Wirkungen von Benzoldämpfen auf die Unglücksfälle in der Chemiefabrik Herberg-Wien, jetzt Höngg, hingewiesen. Es dürfte noch in Erinnerung sein, daß beim Kleben von Gummirüschern am 14. Januar 22 Arbeitnehmer, am 16. Januar 4. und am 17. Januar 12 Arbeitnehmer durch Benzoldämpfe der Ratschlagslösung bewußtlos zusammenbrachen, daß sie teilweise nach einiger Zeit ihre Wohnung selbst ausfliehen konnten, teilweise ins Krankenhaus überführt werden mußten.

Am 1. September 1923 erklärten in demselben Betrieb wiederum 27 Personen, darunter 4 schwer. Die Ursache der Erkrankungen könnte nicht festgestellt werden, da das Benzol angeblich in derselben Reinheit verwendet worden war wie früher, wo solche Unglücksfälle nicht zu verzeichnen waren.

Am 3. Januar d. J. brachte der "Vorwärts" eine Notiz, monatlich in der Farbenfabrik Hesse u. Co. in Berlin 20 Frauen plötzlich bewußtlos zusammengebrochen waren, die beim Aufkleben von Stoffen auf Papierrollen mit Ratschlagslösung arbeiteten. Diese Firma gab zwei Tage später einen Bericht im "Vorwärts", monatlich regelmäßige Unglücksfälle trotz einer Verarbeitung der gleichen Lösung nicht vorgekommen seien. Sie führt die Krankheitserscheinungen auf Versiegung der chemischen Lösung durch Kälte zurück.

Diese Versiegung der Ratschlagslösung durch Kälte ist nach unseren Erfahrungen nicht sehr wahrscheinlich. Es dürfte vielmehr in Betracht kommen, daß die normalerweise vom Lösungsmittel Benzol ausströmenden Dämpfe darum schädlich wirken könnten, weil die Arbeitnehmer infolge geschwächten Körpers für die Krankheit disponieren waren. Dr. Hans Wolf und Professor Dr. Lewin haben in verschiedenen Gutachten die Schädlichkeit der Benzoldämpfe hervorgehoben. Dr. Wolf ist der Ansicht, daß die Lösungsmittel Benzol, Benzin, Toluol und Vergleichende, genauso wie sie in der Anwendung feststellen, die Wirkung auch auf den Organismus des Menschen ausüben und zum Beispiel die Feste und seichtähnlichen Substanzen bei den Nerven und dem Gehirn beeinflussen. Die einsetzende Bewußtlosigkeit gibt dieser Auswirkung Recht. Dr. Wolf weiß aber auch darauf hin, daß die Widerstandsfähigkeit individuell sehr verschieden ist, daß sie auch dem gleichen Individuum stark wechselt. Bei ungünstiger Ernährungsweise und nach übermunderner Krankheit ist die Widerstandsfähigkeit häufig stark herabgesetzt. Darum auch geschlüssig folgern, daß die in der Nachkriegszeit häufiger als in der Kriegszeit eingetretenen Unfälle auf den Schwächezustand der Arbeiter, hervorgerufen durch die Hungerperioden in der Kriegs- und Nachkriegszeit und verstärkt durch die schwache Lohnpolitik der Unternehmer, zurückzuführen sind. Dazu beratige Unfälle, die nach Ansicht der Unternehmer und der Arbeiter in der chemischen Industrie auf mangelhafte Betriebsanrichtungen und Ventilation nicht zurückgeführt werden können. In Zukunft vermehrt werden sollen, ist es nötig, daß Chemiker und Mediziner den Ursachen dieser Erkrankung nachgehen, damit sie ausgeräumt werden können. Für die Arbeiter selbst ist größte Vorsicht geboten, wenn sie mit solchen Lösungsmitteln, auch nur in geringem Umfang, zu tun haben. Für die Regierung und die Unternehmer müssen diese Erkrankungen über ein Menetekel sein, das Veranlassung gibt, weitere Untersuchungen und Verlängerung der Arbeitszeit hinzu zuholen, denn darin liegen letzten Endes die Ursachen dieser Massenerkrankungen, daß die ausgeschöpften und ausgemergelten Arbeiter den vielleicht an sich nicht übermäßig tödlichen Dämpfen, selbst wenn sie in geringen Mengen auftreten, nicht den nötigen Widerstand entgegensetzen können. Sollten einmal solche Massenerkrankungen in Sachsen vorliegen, indem die davon Betroffenen ihr Leben lassen müssen, was bei Einwirkung chemischer Substanzen ohne weiteres im Bereich der Möglichkeit liegt, so werden Regierung und Unternehmer wie in analogen Fällen der Vergangenheit wieder von englischen Gesundheitszentren beauftragt. Umstände und von Grenzen der menschlichen Widerstand zu rechnen. Dem voraubergen, erheben wir noch diesen wiederkholten Ratungsratsmaßen: untere warmende Stimme und Verlängerung der Regierung freigießt Überwachung solcher Betriebe und von den Unternehmern Abstellen von ihrem Verboten, durch Verlängerung der Arbeitszeit und Verkürzung des Lohnes der Arbeiter den letzten Widerstand gegen die sozialen Eigenschaften der Lösungsmittel zu erheben.

Die Ratsarbeiter zur Arbeitszeitverlängerung.

Am Donitag, dem 13. Januar, fand in Magdeburg eine Ratsarbeiterkonferenz statt, die von allen am Tarifvertrag beteiligten Organisationen beschildert war. Auf der Tagessitzung stand Erörterungnahme zum Schiedsgericht über die Arbeitszeitfrage. Nach eingehendem Bericht über die Verhandlungen fand eine lobhafte Resolution statt. Von allen Ratsarbeiterverbänden und des Reichsarbeitsministeriums einer sozialen Kritik unterzogen. Nachstehende Erörterung wurde einstimmig angenommen:

